

13. Ethnische Segregation

Neben der sozialen Segregation, der Verteilung der Wohnbevölkerung nach sozio-ökonomischen Besonderheiten, gibt es einen zweiten wichtigen Mechanismus der sozialräumlichen Differenzierung: nach ethnischen Merkmalen. Das Wechselspiel von Wohnungsangebot und Wohnungsnachfrage ist zunächst blind für ethnische Unterschiede (in den USA ist hierfür nach wie vor die Bezeichnung *race* gebräuchlich). Allerdings spielen Vorurteile oder Vorbehalte der Vermieter eine wichtige Rolle bei der Wohnungsvergabe. Die *Gatekeeper* des Wohnungsmarktes, also private, gemeinnützige oder öffentliche Eigentümer, werden so zu *Urban Managers* (Pahl 1975 und 1977; Kempen/Özüekren 1998, 1643), deren Zuschreibungen von Eigenschaften hinsichtlich verschiedener Bewerbergruppen bei der Vergabe von Wohnungen einfließen. Hier zählen Migranten – neben Sozialhilfeempfängern, kinderreichen Familien, Alleinerziehenden und jüngeren Personen – zu denjenigen Mietergruppen, denen von Anfang an unstete Mietzahlung, störende Verhaltensweisen und ein unsachge-rechter Umgang mit den Wohnungen unterstellt werden (Farwick 2001, 62). Sobald Vermieter wegen Wohnungsknappheit zwischen vielen Bewerbern auswählen können, geben sie ihre Diskriminierungsabsicht sogar per Zeitungsanzeige öffentlich bekannt: Formulierungen wie »nur an deutsches Ehepaar«, »nur solvente Deutsche« oder »nicht an Ausländer« sind »ein eindeutiger Beleg dafür, dass Ausländer und Arbeitsmigranten diskriminiert werden« (Han 2000, 232).

Diskriminierende Praktiken verengen die Wohnungsauswahl. Erst nachdem die bevorzugten Haushalte ihre Wahl getroffen haben, kommen Migranten zum Zuge. Auf dem Arbeitsmarkt wie auf dem Wohnungsmarkt fungieren Migranten als Lückenbüßer. Mobile, meist deutsche Haushalte verlassen nichtmodernisierte Altbauten und Großsiedlungen und schaffen damit jene Räume, in denen Migranten überhaupt Platz finden können. Da deutsche Haushalte gerade deshalb fortziehen, weil im Quartier für ihren Geschmack zu viele Migranten wohnen (Friedrichs 1998b, 1757), entstehen solche Lücken gerade in Quartieren mit bereits hoher Ausländerkonzentration.

Aber auch Präferenzen ausländischer Haushalte selbst tragen direkt zur ethnischen Segregation bei. Der Wunsch, mit seinesgleichen zusammenzuwohnen, ist auch unter Migranten stark verbreitet. Soweit sie die Wahl haben, optieren viele Migranten zugunsten von Quartieren, in denen sie eine differenzierte Infrastruktur ihrer

eigenen Ethnie vorfinden, die ihnen eine bedürfnis- und verhaltensadäquate Versorgung garantiert. Dies gilt allerdings nicht für alle ethnischen Minderheiten gleichermaßen, und auch innerhalb einzelner ethnischer Gruppen gibt es Unterschiede – je nach Aufenthaltsdauer, Assimilationsgrad oder Lebensphase. Beispielsweise achten Weiße und Asiaten in den USA sehr viel stärker darauf, in ethnisch homogenen Nachbarschaften zu wohnen, als Hispanics oder Schwarze (Clark 1992; Kempen/Özüekren 1998, 1639). Die meisten *Gastarbeiter*, die seit den 1960er Jahren nach Deutschland kamen, wollten bald wieder zurück in ihre Heimatländer. Sie planten nur so lange in Deutschland zu bleiben, bis sie genügend gespart hatten, um zu Hause mit ihren Familien ein besseres Leben führen zu können. Sie hatten daher von sich aus kein großes Interesse an guten Wohnungen mit hohen Mietpreisen. Trotz abnehmender Rückkehrorientierung und Familiennachzug blieben sie dann häufig in diesen Quartieren; dort kannten sie sich aus, dort hatten sie Freunde. Einmal getroffene Entscheidungen erweisen sich hier als Filter, der später die Optionenvielfalt einengt.

Zwar unterliegen Migranten auf dem Wohnungsmarkt erheblichen Restriktionen; trotzdem müssen auch deren Wohnpräferenzen in Betracht gezogen werden, wenn über politische Reaktionen auf die Bildung von Vierteln mit hoher Ausländerkonzentration nachgedacht wird. Auch wenn die heute feststellbaren räumlichen Konzentrationen durch die diskriminierende ›Schließung‹ anderer Wohngegenden weitgehend erzwungen sind, heißt dies nicht zwangsläufig, dass eine möglichst unauffällige räumliche Verteilung (Desegregation) eine Alternative darstellt. Vorstellbar ist ebenso eine andere Art der räumlichen Konzentration – eine durch freiwillige Wahl entstandene. Was lässt sich empirisch über die Segregation der ausländischen Bevölkerung in deutschen Großstädten berichten?⁷

13.1 Wohnbedingungen von Migrantenhaushalten

Sieht man vom Sonderfall der Kriegsflüchtlinge unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs ab, die zunächst in die weniger zerstörten ländlichen Regionen gelenkt wurden, so war und ist die Zuwanderung in modernen westlichen Gesellschaften immer primär auf die großen Städte gerichtet.

Bis 1973, dem Jahr des Anwerbestopps in der Bundesrepublik, wanderten vor allem Personen im erwerbsfähigen Alter (überwiegend jüngere, allein stehende Männer) zu. Nach 1973 konnten aus Ländern, die nicht zur EG gehörten, nur noch Familienangehörige nachziehen. Damit stieg der Anteil der Frauen an der Gesamt-

⁷ Die folgende Schilderung beschränkt sich auf Ausländer in den alten Bundesländern, da es in der DDR nur eine geringe Zahl von Gastarbeitern gab, die zudem in besonderen Wohnanlagen untergebracht wurden und keinen Einfluss auf ihren Wohnstandort hatten.

zahl der Ausländer auf 45,4 % (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2000, 8). Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der ausländischen Wohnbevölkerung sank von 66,7 % (1972) auf 32,6 % (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1994, 92). In den 1960er Jahren beruhten lediglich 16 % der Zunahme der Ausländerzahl auf Geburtenüberschuss, in den 1970er und 1980er Jahren dagegen 40 % (Bucher et al. 1991, 501 f.). Damit wurden die ›Gastarbeiter‹ auch allmählich sesshafter. Die Aufenthaltsdauer ist seit dem Anwerbestopp 1973 kontinuierlich gestiegen. 1988 lebten 43,6 % der Ausländer seit 10 bis 20 Jahren in Deutschland. Im Jahr 1992 hielten sich 25,3 % der Ausländer mehr als 20 Jahre in der Bundesrepublik auf (Bade 1994, 17). Jeder fünfte 1997 in Deutschland lebende Ausländer war hier auch geboren (Statistisches Bundesamt 2000, 569, e. B.). Aus einer reinen Arbeitsbevölkerung, die überwiegend sogar in Behelfsunterkünften untergebracht war, entwickelte sich eine dauerhaft ansässige Wohnbevölkerung.

Im Jahre 1998 hatte die Bundesrepublik Deutschland 82,037 Mio. Einwohner, darunter 7,308 Mio. Ausländer (8,9 %). In den Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern) lebten 25,179 Mio. Einwohner, davon waren 13,7 % Ausländer. Von der Bevölkerung mit deutscher Staatsbürgerschaft wohnten 29 %, jedoch 47 % der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den Großstädten. 26,7 % der ausländischen und 13,2 % der deutschen Bevölkerung lebten in Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern (vgl. Deutscher Städtetag 1999).

Ausländer haben im Durchschnitt schlechter ausgestattete Wohnungen, die in den am wenigsten begehrten Gegenden liegen (Bremer 2000), und wohnen häufig sehr beengt, das heißt, die Wohnungen sind häufig überbelegt. Bei den Mieten gibt es auf knappen Wohnungsmärkten *Ausländeraufschläge* (Geißler 1992, 158), das heißt, Ausländer müssen für die gleiche Wohnung einen höheren Preis bezahlen als deutsche Mieter (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer 1994, 41) – wozu sie bereit sind, wenn sie keine andere Wahl haben. Dies gilt allerdings nur für den ›freien‹ Wohnungsmarkt; die Mietpreise im Sozialen Wohnungsbau sind festgeschrieben. Migrantenhaushalte wohnen zu über 90 % zur Miete, dagegen lediglich 60 % der deutschen Haushalte (eine ausführliche Darstellung findet sich bei Häußermann/Siebel 2000 a, 199–213).

Ein weiteres Indiz für die weniger gesicherte Wohnsituation von Migrantenhaushalten ist ihre Konzentration auf Gebiete, die für eine Sanierung vorgesehen sind, wo Ausländer als Rest- oder Zwischennutzer eingesetzt werden. Man kann auch ohne Instandhaltung der Häuser eine relativ hohe Miete verlangen. Über eine derartige Vermietungsstrategie kann sich eine dauerhafte ethnische Konzentration in einem Gebiet ergeben, wenn sich die Sanierungsplanungen ändern und die Häuser doch nicht abgerissen werden – wie dies in Berlin Kreuzberg und der dortigen türkischen Bevölkerung der Fall war (vgl. Kapphan 1995). Daraus entstand die größte türkische Kolonie in einer deutschen Stadt.

13.2 Ethnische Segregationsmuster

Segregationsmuster verändern sich auch. Friedrichs (1998 b, 1754) stellte für Köln, Düsseldorf und Duisburg fest, dass die Segregation von Ausländern (mit Ausnahme der Jugoslawen) zwischen 1984 und 1994 abgenommen hat; andere Studien bestätigen dies für Berlin (Kaplan 2000) und Frankfurt am Main (Bartelheimer 2000, 223). Allgemein lässt sich sagen, dass sich im Zuge der ökonomischen, sozialen, kulturellen sowie politischen Integration von Zuwanderern in die dominante Gesellschaft auch deren Wohnstandorte stärker über das ganze Stadtgebiet verteilen (Friedrichs 1998 b, 1747). Dennoch wäre es voreilig, aus den vorliegenden Informationen auf eine generell gelingende Integration der Ausländer zu schließen.

Die Segregationsindizes sanken zunächst aus statistischen Gründen, da der zahlenmäßige Anteil der Minorität, deren Segregation untersucht wurde, anwuchs; weiterhin und hauptsächlich, weil die Indizes nur Durchschnittswerte anzeigen. Die Polarisierungen innerhalb der Gruppe der Ausländer zwischen jenen, deren Integration gelungen ist, und denen, die an den Rand der Gesellschaft geraten, werden damit zugedeckt. Wenn sich zum Beispiel die ökonomisch erfolgreich integrierten Zuwanderer aus den Einwandererkolonien entfernen, nimmt die Streuung der Wohnstandorte in der Stadt zu, die soziale Segregation der Zurückbleibenden kann sich aber dennoch verschärft haben. Zudem kann sich der Segregationsindex verringern, ohne dass die ethnische Segregation abgenommen hat, wenn für die statistische Berechnung nur Angaben zur Staatsbürgerschaft verwendet werden – denn auch Eingebürgerte bleiben meist Angehörige einer ethnischen Minderheit.

Zur Segregation von Ausländern liegen nur Fallstudien aus einzelnen Städten vor. Flächendeckende und systematische Darstellungen wurden bisher nicht erarbeitet. Aber die Ergebnisse der Fallstudien sind mit hoher Plausibilität verallgemeinerbar, da sie insgesamt ähnliche Strukturen aufzeigen: Großstädte sind das bevorzugte Ziel der Zuwanderung. Innerhalb der Großstädte konzentrieren sich die Ausländer auf wenige Stadtteile. In Köln wohnen drei Viertel aller Ausländer in einem Drittel der Stadtteile, in Frankfurt ein knappes Drittel der Ausländer in einem Siebtel der Stadtteile (vgl. Keßler/Ross 1991, 37; Stadt Frankfurt 1995, 7, e. B.).

Eine hohe Konzentration von Migrantenhaushalten ist in vier unterschiedlichen Quartierstypen zu finden:

1. in innerstädtischen, nicht modernisierten Altbaugebieten mit Substandardwohnungen (ohne Bad oder Zentralheizung) und schlechter Wohnumfeldqualität. Sie bilden den quantitativ größten Typus des Ausländerwohnens. In großen Städten sind dies häufig die Sanierungs-(Erwartungs-)Gebiete, zum Beispiel alte Vorortkerne am Rande der Innenstadt, in kleineren Städten die alten Stadtkerne;
2. in alten Arbeiterquartieren, die häufig wegen der Nähe zu Industriestandorten besonders von Emissionen belastet sind;

3. in Wohnungsbeständen an besonders umweltbelasteten Standorten (Mülldeponie, Verkehrslärm);
4. schließlich in Sozialwohnungen der jüngeren, daher teureren Förderungsjahrgänge in unattraktiven Bauformen und an ungünstigen Standorten (stark verdichtete Großsiedlungen der späten 1960er und frühen 1970er Jahre). Der enorme Leerstand in diesen Siedlungen Anfang der 1980er Jahre wurde von den Wohnungsbaugesellschaften durch Einweisung von Ausländern behoben. Zwischen 1985 und 1992 stiegen die Anteile der Ausländer in den innerstädtischen Gebieten und in den verdichteten Sozialwohnungsgebieten überproportional (vgl. Göddecke-Stellmann 1994, 383).

Zusammenfassend kann man bezogen auf die Wohnungsversorgung von einer *Unterschichtung* sprechen: Die Ausländer bewohnen die Wohnungsbestände noch unterhalb der Qualitätsstufe, die die deutsche Unterschicht hinzunehmen gezwungen wird. Wie ist das zu erklären?

13.3 Erklärungsvorschläge

Auch die Wohnstandorte und die Wohnungsversorgung der Migranten lassen sich mit den im 12. Kapitel erläuterten Mechanismen zu großen Teilen erklären. Dennoch treffen für die ethnische Segregation zusätzlich einige spezifische Faktoren zu.

13.3.1 Ethnisch spezifische Merkmale der Nachfrage

Soweit Ausländer qualitativ andere und quantitativ bescheidenere *Wohnansprüche* zeigen als der Durchschnitt der deutschen Staatsangehörigen, sind diese Unterschiede weniger auf eine andere Kultur des Wohnens zurückzuführen als auf besondere demographische (mobile Stadtwanderer, größere Haushalte) und soziale (Arbeiter ohne berufliche Ausbildung) Merkmale. Ein anderer Teil beruht auf der geringeren Urbanisierungserfahrung (vgl. Eichener 1988); teilweise handelt es sich um kulturell resp. religiös bedingte Besonderheiten (vgl. Waltz 1997). Sie bestehen in spezifischen Anforderungen an den Wohnungsgrundriss (Trennung von Frauen- und Männerräumen) und in gewissen Abweichungen von den Merkmalen des idealtypischen kleinfamiliären Wohnens. Allerdings weisen aktuelle empirische Informationen in Richtung einer mit der Aufenthaltsdauer zunehmenden Anpassung an die in der Bundesrepublik dominanten Wohnformen.

Die *Mietzahlungsfähigkeit* ausländischer Haushalte ist im Durchschnitt geringer als die der deutschen. Ein niedrigeres Haushaltseinkommen muss in der Regel für mehr Personen ausreichen. Gespart wird unter anderem an der Miete.

Insbesondere bei Migranten haben die *informellen Formen der Wohnungssuche* eine besondere Bedeutung. Wohnungen werden unter der Hand vermittelt, man hört von einer Gelegenheit in der Nähe und greift zu. Die üblichen Informationskanäle wie Annoncen, Makler oder Internet werden kaum in Anspruch genommen – auch weil sie mit höheren Kosten verbunden sind und wenig Erfolg versprechen. Häufig kennen Ausländer auch nicht ihre Bezugsberechtigung für den sozialen Wohnungsbau (Blanc 1991, 447). Damit bleiben Ausländer aufgrund ihres Suchverhaltens in der Regel beschränkt auf das enge Segment des ihnen aus persönlicher Erfahrung bekannten Wohnungsmarkts. Sie finden also vor allem dort ihre Wohnungen, wo schon viele Ausländer untergekommen sind.

13.3.2 Strukturelle Ursachen

Die mangelhafte Wohnungsversorgung der Ausländer ist aber nicht nur durch ihre andere Lebenssituation bestimmt. Daneben bewirken strukturelle Mechanismen des Wohnungsmarkts, dass ausländische Haushalte auf die schlechtesten Wohnungsbestände verteilt werden.

Größe der Agglomeration: Vor allem weil sie dort Arbeitsplätze, Bekannte und Verwandte und die Unterstützungsleistungen einer ethnischen *community* finden, ziehen Ausländer zumindest in der ersten Phase ihres Aufenthalts in die hoch verdichteten Agglomerationen, und dort vor allem in die Kernstädte, wo die Ausländerkonzentration schon groß ist. Dort treffen sie auf die angespanntesten Wohnungsmärkte, in denen die Wohnungen generell kleiner und teurer sind als außerhalb der Kernstädte und erst recht außerhalb der Agglomerationen.

Schichtzugehörigkeit: Gemessen an Einkommen und Beruf gehören Ausländer überwiegend zur Unterschicht. Zwar sind bei gleicher Einkommens- und Arbeitssituation deutsche Arbeiterhaushalte immer noch besser versorgt als die ihrer ausländischen Kollegen, aber die Diskrepanz zwischen deutschen Staatsangehörigen und Ausländern fällt doch geringer aus, wenn der Faktor Schichtzugehörigkeit kontrolliert wird.

Diskriminierung: 36 % aller befragten Ausländer gaben 1995 an, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche zu haben, davon gaben 62 % an, die Wohnungen seien zu teuer, und 34 %, dass Vermieter Ausländer ablehnen (Mehrländer et al. 1996, 262 ff.). Vor allem in Wohngebieten mit hohem Sozialprestige können ökonomische Interessen die Vermieter zum Ausschluss ausländischer Bewerber veranlassen: Vermietung oder Verkauf an Nachfrager mit niedrigerem Sozialstatus, zum Beispiel an türkische Familien, könnten – so die gnadenlose ökonomische Kalkulation – die Attraktivität einer Nachbarschaft für besser verdienende deutsche Staatsangehörige mindern, die ›gute Adresse‹ ginge allmählich verloren, was langfristig einen Preisverfall zur Folge hätte. Die soziale (exklusive) Struktur eines Wohngebiets ist also ein ökonomisches Gut, weil Distinktionsbedürfnisse sich in zahlungskräftiger Nachfrage niederschlagen. Solche Nachbarschaftseffekte sind besonders aus den USA bekannt und dort auch ausgiebig

(zum Beispiel als Startpunkt von Verslumungsprozessen) untersucht worden (vgl. Häubermann 1983; Kecskes/Knäble 1988). Am sichtbarsten entfalten direkt diskriminierende Praktiken ihre Wirkung bei den Versuchen, über Quotierungen und Zuzugssperren den Anteil der Ausländer in einem Haus, in einem Block oder einem Quartier nicht über ein bestimmtes Maß steigen zu lassen.

Diese Praktiken führen insgesamt dazu, dass sich der für Ausländer zugängliche Wohnungsmarkt verengt, wodurch höhere Preise an den wenigen Standorten, die dann noch zur Wahl stehen, gezahlt werden müssen.

13.4 Pro und contra Segregation

Verglichen mit den Vereinigten Staaten oder früheren Kolonialstaaten wie England oder Frankreich ist die ethnische Segregation in Deutschland noch gering. Dies ist auch auf eine Stadt- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik zurückzuführen, die soziale Segregation gezielt vermindern wollte. Die dafür angeführten sozialpolitischen Argumente wurden im Hinblick auf ethnische Segregation durch den Hinweis auf die Notwendigkeit kultureller Integration ergänzt. Die Vorstellung von der sozial gerechten und kulturell integrierten städtischen Gesellschaft beinhaltete eine gleichmäßige Verteilung von Jung und Alt, Arm und Reich, Deutsch und Nichtdeutsch über den städtischen Raum.

Allerdings gibt es hinsichtlich der Bedeutung und Wirkung sozialräumlicher Muster für die soziale Integration weder in der Politik noch in der Wissenschaft einen Konsens. Hier lassen sich folgende Positionen unterscheiden:

13.4.1 Contra

Gegen Segregation und für eine *soziale Mischung* aller sozialen Gruppen im gesamten Stadtgebiet werden eine Fülle von Argumenten vorgetragen. Diese überschneiden sich zum Großteil mit jenen, die wir bereits im vorherigen Kapitel dargestellt haben. Sie werden hier nur noch kurz angerissen, da sie ausländische wie deutsche Haushalte gleichermaßen betreffen. Auf die Argumente pro Segregation gehen wir dann ein wenig ausführlicher ein, da sie für das spezielle Thema der ethnischen Segregation eine besondere Bedeutung besitzen:

Ökonomische Nachteile zeitigt Segregation von einkommensschwachen Haushalten durch den Niedergang des privatwirtschaftlichen Angebots an Gütern und Dienstleistungen aufgrund niedriger Kaufkraft. Solche Quartiere weisen außerdem

weniger Regenerationskraft auf, weil ihre Bewohner bei beruflichem Aufstieg das Viertel in der Regel verlassen. Hauseigentümer sehen sich nicht zu einer regelmäßigen Instandhaltung veranlasst. Dadurch verfällt die Attraktivität eines Wohngebiets. Dieser marktgesteuerte Prozess ist irreversibel, wenn der Staat nicht interveniert (etwa durch Ausweisung als Sanierungsgebiet). Schließlich verschwinden Einkommensmöglichkeiten durch informelle Beschäftigung in haushaltsbezogene Dienstleistungen, wenn die einkommensstarken Haushalte das Quartier verlassen.

Segregation zieht *politische Nachteile* in der Form nach sich, dass politisch kompetente Personen den Stadtteil verlassen, die möglicherweise eine negative Etikettierung verhindern und den Stadtteil in der kommunalen Politik sichtbar machen könnten.

Soziale Nachteile einer räumlichen Konzentration Benachteiligter entstehen durch beschränkte Kontaktmöglichkeiten zu anderen Gruppen, weil die Leistungsfähigkeit und Reichweite der lokalen sozialen Netze sinkt (Morris 1987; Wegener 1997). Für ethnische Minderheiten wird damit der Rückzug in die eigene ethnische Kolonie erleichtert (vgl. Breton 1964) und es können sich *Parallelgesellschaften* mit einer eigenen Infrastruktur herausbilden (Esser 1986, 106 ff.). Außerdem erhöht die räumliche Konzentration Angehöriger fremder Ethnien deren Sichtbarkeit für ihre unmittelbaren Nachbarn, was Bedrohungsgefühle auslösen und soziale Distanzen verstärken kann (Anhut/Heitmeyer 2000 a, 40).

Die Kontakthypothese

Die Position gegen Segregation lässt sich griffig in Form der Kontakthypothese zusammenfassen. Die Konzentration in bestimmten Quartieren und die Ausbildung einer ethnischen Kolonie behindern demnach Kontakte zu Institutionen und Individuen der Aufnahmegesellschaft. Die Übernahme von Verhaltensweisen, normativen Orientierungen und Kulturtechniken wird behindert und Integration erschwert. Vor allem für Kinder verschlechtern sich dadurch die Bildungschancen. Ihre Sprachbeherrschung ist dort schlechter ausgebildet, wo die meisten Spielkameraden nicht Deutsch als Muttersprache haben. Hanhörster und Mölder (2000, 392 f.) betonen die Bedeutung des unmittelbaren Wohnumfelds, der Treppen und Hausflure, des halböffentlichen Raums, der Grünflächen und zentralen öffentlichen Orte für Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern. Stark segregierte Quartiere bieten weniger Kontaktchancen, was positives Lernen zwischen den Gruppen verhindere. Nach der Kontakthypothese erlaubt es die räumliche Nähe, ständig die wechselseitigen Stereotypen zu überprüfen und mit der eigenen Erfahrung abzustimmen. Die These ist durch folgende implizite Annahmen gekennzeichnet:

- Je näher beieinander Menschen wohnen, desto häufiger haben sie Kontakte;
- je mehr Kontakte unter den Bewohnern stattfinden, desto mehr wissen sie über einander;
- je mehr Wissen über einander, desto größer die Toleranz zwischen ihnen;

- je größer Wissen und Toleranz, desto eher findet Integration, das heißt Anpassung an die Verhaltensweisen der Einheimischen statt (vgl. Friedrichs 1983, 263).
Demnach müsste gemischtes Wohnen, das heißt, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Ausländer in der Stadt, zum Abbau wechselseitiger Vorurteile und zur schnellen Integration führen. Segregierte Gebiete verhindern Kontakte zwischen Fremden und Einheimischen und behindern daher die Integration.

13.4.2 Pro

Für die sozialökologische Theorie ergibt sich das sozialräumliche Muster bei ungesteuerter Wohnungsverteilung ›natürlich‹. In der Fremde fühlt man sich unter seinen Landsleuten am wenigsten fremd. Einwanderung vollzieht sich üblicherweise als Kettenwanderung: Die ersten Migranten aus einer fernen Kultur bilden eine Art Brückenkopf, der dann von den Nachkommenden aufgrund ökonomischer, politischer und sozialpsychologischer Vorteile solcher *Einwandererkolonien* (Heckmann 1992, 96 ff.) zuerst aufgesucht wird. So ergibt sich eine ethnische Segregation.

Die Argumente, die die positiven Seiten einer räumlichen Konzentration hervorheben, verhalten sich fast spiegelbildlich zu den Argumenten, die gegen Segregation sprechen:

Ökonomische Vorzüge liegen zunächst bei materiellen Hilfsfunktionen, die die ethnische Kolonie für ihre Angehörigen in Form von Unterstützungsangeboten, Wohngelegenheiten oder auch Verdienstmöglichkeiten bereithält. Informelle soziale Netze von Verwandten und Landsleuten sind gerade für neu Zugewanderte, die noch keinen Zugang zu den Arbeits- und Wohnungsmärkten und geringe oder gar keine Anspruchsrechte gegenüber dem Sozialsystem der Aufnahmegesellschaft haben, überlebenswichtig. Die neu Zugewanderten über das Stadtgebiet zu verstreuen, trennt sie von diesen sozialen Netzen und kann indirekt zu höheren Belastungen für die kommunalen Sozialtats führen (vgl. Rex 1999, 135). Weiterhin kann es eine ethnische Ökonomie nur dann geben, wenn es einen Einzugsbereich mit ausreichender Klientel gibt, in der Regel auf der Basis einer räumlich konzentrierten Migrantenkolonie (vgl. Goldberg/Şen 1997). Die Ressourcen, die ethnische Unternehmer aus ihren sozialen Netzwerken der Nachbarschaft und der Verwandtschaft mobilisieren können, in Gestalt von Krediten, Kunden und billigen, loyalen und flexiblen Arbeitskräften, sind dringend benötigte Starthilfen und Basis des ökonomischen Überlebens (vgl. Portes/Sensenbrenner 1993).

Die räumliche Nähe der eigenen Landsleute birgt auch *politische Vorzüge*. Die Verständigung über gemeinsame Interessen, deren Artikulation und Vertretung wird erleichtert. Ethnische Kolonien dienen als Basis für die politische Organisation von Migranteninteressen (vgl. Blaschke et al. 1987; Rex 1999; Heckmann 1992). So fin-

den die Vertreter des politischen Systems des Aufnahmelandes Gesprächs- und Verhandlungspartner für die Regulierung von Konflikten und für den Aufbau einer gemeinwesenorientierten Infrastruktur.

Soziale Vorteile ergeben sich für die neu Zugewanderten dadurch, dass sie in der ethnischen Kolonie Informationen sowie soziale und psychologische Unterstützung erhalten. Die ethnische Kolonie schützt gegen soziale Isolation. Dies mildert die Gefahr der ›Demoralisierung‹ unter den Einwanderern (vgl. Rex 1999, 125 f.) und ersetzt kommunale Sozialstationen. Nach einer Studie in Köln waren die Befragten sogar bereit, höhere Mieten zu bezahlen, um in der Südstadt bleiben zu können »wegen der Aneignung des Raums durch die Kolonie« (Eckert/Kießler 1997, 214). Betriebe und Geschäfte der ethnischen Kolonien sind multifunktional, das heißt, sie fungieren auch als Knotenpunkte von Verflechtungen und dienen so der Kommunikation und Hilfe, ähnlich der Infrastruktur in traditionellen Arbeiterquartieren oder der ethnischen Infrastruktur jüdischer und deutscher Geschäfte an der Lower Eastside um 1900 in New York. Nicht zuletzt bildet eine ethnische Infrastruktur auch ein attraktives Angebot für die übrige Bevölkerung einer Stadt, die die Läden, Restaurants oder Kultureinrichtungen aufsucht und so mit der Migrantenkultur in Kontakt kommt. Eine ethnische Kolonie kann also auch ein Ort der Kommunikation zwischen den Kulturen sein.

Die Konflikthypothese

Die Konflikthypothese vereinigt die inhaltlichen Argumente für ethnische Segregation. Bereits Simmel (1995, 123) kannte die Problematik, dass dort, wo das Ferne nah sei, eine leise Aversion herrsche, die sich bis zu Hass und Kampf steigern könne. Die enge räumliche Nachbarschaft unterschiedlicher Lebensweisen bietet eine Vielzahl von Reibungsflächen und Konfliktmöglichkeiten (vgl. Beispiele in Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen 1998). Das Ziel, ungestört und mit seinen Nachbarn in Frieden leben zu können, gebietet den Wunsch, mit Menschen benachbart zu leben, die einen ähnlichen Lebensstil haben. Der sozialen Distanz zwischen Gruppen sollte demnach auch eine räumliche Distanz entsprechen. Dies setzt eine freie Wahl der Wohnstandorte voraus. Aber das ist angesichts der Realität der Wohnungsmärkte in den meisten Städten im 20. Jahrhundert eine unrealistische Annahme gewesen. Die scharfen Konflikte in den ›überforderten Nachbarschaften‹ sind gerade darauf zurückzuführen, dass den Haushalten, die mit multiplen Problemen belastet sind, eben die Möglichkeit fehlt, soziale und kulturelle Distanzen zu anderen Bewohnergruppen in räumliche Distanz zu übersetzen. Sie werden durch die Mechanismen des Wohnungsmarkts oder durch die Zuweisung einer Wohnung in die Nähe zu Nachbarn gezwungen, mit denen sie gerade nicht benachbart sein wollen. Nicht nur zwischen Einheimischen und Zuwanderern, auch zwischen verschiedenen Gruppen von Zuwanderern und auch zwischen Angehörigen der einheimischen Mittelschicht gibt es eine Fülle von kulturellen und sozialen Distanzen – aber nicht alle haben die Möglichkeit, ihre sozialen Distanzen in räumliche zu übersetzen.

Die räumliche Trennung, also Segregation, ist ein Mittel der Konfliktvermeidung. Wo räumliche Nähe zwischen einander fremden oder gar feindlich gesinnten Bewohnergruppen erzwungen wird, werden Konflikte sogar intensiviert. Nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Segregation ist dann das Problem.

Nach der Darstellung zweier konträrer Hypothesen auf gleicher Ebene erwartet der Leser zu Recht eine abschließende Stellungnahme. Denn wären beide Positionen mit gleicher Berechtigung vertretbar, dann handelte es sich letztlich nur um eine theoretische Geschmacksfrage. Tatsächlich liegen die Dinge jedoch komplizierter und die empirischen Zustände vor Ort erfordern eine differenzierte Sichtweise.

13.5 Die Unschärfen der Segregationsdiskussion

Die Meinungsbildung über Segregation und die oft erbitterten politischen Kontroversen über dieses Phänomen krankten an dreierlei Missverständnissen:

1. Segregation ist nicht gleich Segregation; je nach Art und Weise des Zustandekommens lassen sich unterschiedliche Segregationsphänomene beschreiben.
2. Allein die räumliche Nähe ist nie die Ursache für gute oder schlechte Nachbarschaftsbeziehungen, und schon gar nicht für das Gelingen von Integration.
3. Segregation hat ambivalente Wirkungen; ob sie integrativ oder ausgrenzend wirkt, lässt sich nicht ad hoc entscheiden.

Diese drei Punkte bedürfen der näheren Beschreibung.

13.5.1 Segregation ist nicht gleich Segregation

Segregation gilt nicht per se als Problem. Die Absonderung der Oberschicht in besondere Wohngebiete wird nicht mit der gleichen Besorgnis gesehen wie die Konzentration von einkommensschwachen Haushalten oder ethnischen Minderheiten. Dies liegt aus zwei Gründen nahe:

Erstens handelt es sich bei der Segregation der Oberschicht um *freiwillige*, bei der der Unterschicht um *erzwungene Segregation*. Die sozialräumliche Segregation der Oberschicht ist in der Regel sehr viel schärfer, aber je höher Einkommen, Bildung und sozialer Status, desto eher beruht Segregation auf Freiwilligkeit. Nicht also das sozialräumliche Phänomen der Segregation ist das Problem, sondern die Art und Weise seines Zustandekommens.

Zweitens sind mit Segregation für die Angehörigen der Oberschicht kaum negative Folgen verbunden. Räumliche Konzentration wird nur dann als Problem be-

trachtet, wenn es sich um die Absonderung von Gruppen handelt, deren Andersartigkeit von der Mehrheit als fremd und bedrohlich definiert wird. Nicht der Grad der Abgrenzung, sondern die Akzeptanz der durch Abgrenzung sichtbar werdenden Kultur ist das Problem. Das zeigt sich am Beispiel der Alternativszene in der Kölner Südstadt: »Man kann [...] davon ausgehen, daß eine ähnlich ausschließliche Raumbesetzung einschließlich der Etablierung einer weitgefächerten Infrastruktur bis hin zu eigenen Einrichtungen zur Kinderversorgung, wie sie in Teilen der Südstadt durch die alternative Szene geschieht, zweifellos als Ghettobildung in der öffentlichen Meinung kritisiert würde, wenn eine ethnisch definierte Gruppierung so vorgeinge« (Kißler/Eckert 1990, 72 f.).

Damit wird auch deutlich, dass es einen großen Unterschied macht, aus welcher Perspektive Fragen der Segregation diskutiert werden: aus der Perspektive der Verträglichkeit für eine einheimische Mehrheit oder aus der Perspektive einer zugewanderten Minderheit. Polemisch formuliert: Häufig geht es darum, wie viel Fremde eine Nachbarschaft verträgt, bis sie ihre Dominanzansprüche anmeldet und sich die deutschen Bewohner bedroht fühlen und wegziehen, sofern sie können. Auf dieser Basis wurden auch Zuzugsquoten und Schwellenwerte für den Zuzug von Migranten in bestimmte Stadtteile gerechtfertigt.

Aber ist eine Politik forcierter Mischung überhaupt im Interesse der Minderheiten, und fördert sie langfristig die Integration? Es gibt gute Gründe, diese Frage mit Nein zu beantworten. Die Dekonzentration zerstört informelle Netze oder verhindert bereits deren Aufbau. Damit werden die ökonomischen und sozialen Ressourcen der Migrantenhaushalte geschwächt und damit letztlich auch die psychische Stabilität ihrer Mitglieder. Eine ökonomisch, sozial und psychisch halbwegs gesicherte Existenz aber ist die Voraussetzung für gelingende Integration. Die Tatsache, dass man ausgeprägte Segregation gerade bei den Gruppen findet, die über besonders große Wahlfreiheit auf dem Wohnungsmarkt verfügen, weist darauf hin, dass es ein Bedürfnis nach Wahl der Nachbarschaft gibt. Weshalb wird dieses Interesse gerade bei den Angehörigen der Unterschicht oder den Zuwanderern für illegitim und störend befunden, obwohl diese doch besonders auf informelle soziale Netze angewiesen sind?

13.5.2 Falsche Annahmen zu den Effekten physischer Nähe

Sowohl die Argumente für räumliche Nähe (*Kontakthypothese*) als auch diejenigen für eine räumliche Trennung (*Konflikthypothese*) unterstellen eine direkte Wirkung physischer Nähe – allerdings mit gegenteiligen Effekten. Nicht abzustreiten ist, dass physische Nähe die elementare Voraussetzung für eine bestimmte Art von Kontakten ist: für eine liebevolle Umarmung gleichermaßen wie für eine Ohrfeige. Aber die physische Nähe erklärt nicht den einen oder anderen Ausgang des Kontakts, hierfür

ist der soziale Kontext entscheidend, also wer mit wem unter welchen Bedingungen zusammentrifft. Das wird offensichtlich, wenn man die Bedingungen betrachtet, unter denen die Hypothese, dass Kontakte die soziale Integration fördern, Gültigkeit beanspruchen kann. Demnach fördert physische Nähe die Beziehungen zwischen verschiedenen Ethnien, wenn:

- »die Gruppen einen gleichwertigen sozialen Status besitzen,
- [die Interaktion] in einem Sozialklima stattfindet, das den Kontakt wünscht und forciert,
- wenn [der Kontakt] nicht nur gelegentlich stattfindet,
- wenn er beiden Seiten Vorteile verschafft sowie
- bei gemeinsamen funktionellen Arbeiten für ein übergeordnetes Ziel«.

Hingegen beeinträchtigt physische Nähe die Beziehungen

- »bei Wettbewerb statt Kooperation,
- bei angespanntem sozialem Klima,
- bei inkompatiblen moralischen Normen sowie
- bei schlechter Stellung einer Gruppe in mehrfacher Hinsicht«

(Anhut/Heitmeyer 2000a, 43).

Stellt man diese Bedingungen in Rechnung, so erscheint der kausale Zusammenhang zwischen Kontakt und Einstellung als reine Tautologie: Wenn Integration längst gelungen ist, fördert der Kontakt dieselbe; wenn nicht, erschwert er sie. Die bereits existierende (positive oder negative) soziale Beziehung wird durch direkte Kontakte offenbar intensiviert, aber selten konvertiert. Von jenen Ausländern, die – nach eigenen Angaben – Kontakte zu Deutschen unterhalten, geben 30 % an, sehr gut mit Deutschen auszukommen, von denen, die über keine Kontakte berichten, nur 10 %. »Auch in der BFLR-Studie von 1994 (Böltken 1994) zeichneten sich eminente Unterschiede zwischen jenen ab, die Beziehungen zur Nachbarschaft [...] pflegten, und jenen, die dies nicht taten: Die letztere Gruppe ist deutlich weniger integrationsbereit« (Friedrichs 1999, 256). Solche empirischen Ergebnisse sagen nicht mehr aus, als dass die Nähe von der Nähe kommt.

Dass der schlichte Kausalzusammenhang, wonach räumliche Nähe per se Toleranz fördere, nicht zutreffen kann, zeigt sich daran, dass in Quartieren mit hohen Ausländeranteilen der Anteil der Deutschen, die ausländerfeindliche Parteien wählen, besonders hoch ist (ebd., 258). »Interethnische Attraktion resultiert aus interethnischer Kontaktintensivierung allenfalls dann, wenn es sich um Equal-status-Kontakte handelt, das heißt, wenn ausgeschlossen ist, daß sie als bedrohlich oder als statusgefährdend wahrgenommen werden. Kontaktintensivierungen können unter Umständen sogar zu Vertiefungen und Verfestigungen gegenseitiger Distanzierung und Vorurteile führen« (Fijalkowski 1988, 29). Kontakt allein also ist offenkundig nicht für Fremdenfeindlichkeit oder -verträglichkeit ursächlich. In Gebieten mit sehr

niedrigem Ausländeranteil ist das Ergebnis erklärbar mit der Annahme, dass es sich um Gebiete mit hohem Sozialprestige handelt, deren Bewohner eine große soziokulturelle Distanz zu Ausländern wahrnehmen und durch deren Zuzug eine Beeinträchtigung ihres Milieus befürchten – oder sogar eine Entwertung ihrer Immobilien bei Verlust der sozialen Exklusivität. Bei den Gebieten mit hohem Ausländeranteil ist zu vermuten, dass die dort wohnenden Deutschen sich überwiegend in sozial und ökonomisch prekären Lebenslagen befinden und sich durch die Anwesenheit von Ausländern zusätzlich bedroht fühlen (Anhut/Heitmeyer 2000 a, 44).

Entscheidend für die Qualität der Kontakte ist, wer zu wem unter welchen Voraussetzungen Kontakt hat. Handelt es sich um nicht integrierte Ausländer und deprivierte Deutsche, die in sozial und ökonomisch ungesicherten Situationen unfreiwillig zusammen wohnen oder einen sozialen Abstieg hinter sich haben, und treffen sie unter Bedingungen der Konkurrenz um Wohnungen und Arbeitsplätze aufeinander, so ist Konflikt, nicht positiver Kontakt zu erwarten (vgl. Dangschat 1999, 45 ff.; vgl. auch Elias/Scotson 1999). Physische Nähe spielt nicht einmal eine entscheidende Rolle dabei, ob überhaupt Kontakt zustande kommt, denn am wichtigsten ist dafür die Sprachkompetenz. Ist zum Beispiel in Gebieten mit einer hohen Konzentration von Ausländern die soziale Integration geringer, so hat dies vor allem mit Sprachkenntnissen zu tun, nicht mit dem Ausländeranteil. »Bei den Türken der ersten Generation erweist sich die Sprachkenntnis auch unter Kontrolle anderer möglicher wichtiger Individualmerkmale als der zentrale Faktor zur Erklärung der sozialen Assimilation« (Alpheis 1990, 163). Das gilt auch für die Angehörigen der zweiten Generation.

Alpheis resümiert seine Untersuchung über Segregation in fünf deutschen Großstädten: »Die ethnische Struktur des Wohngebietes hat keinen nennenswerten Einfluß auf die soziale Assimilation der hier untersuchten Türken der ersten oder der zweiten Generation« (ebd., 180). Er erklärt dieses Ergebnis

- mit der Tatsache, dass es auch innerhalb der Ausländer, die eine außerordentlich heterogene Gruppe darstellen, ein individuell sehr breites Spektrum von Einstellungen und Verhaltensweisen gibt;
- damit, dass unter großstädtischen Bedingungen die Umwelt in sich außerordentlich komplex und heterogen sei;
- damit, dass unter großstädtischen Bedingungen Kontakt zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien immer weniger auf räumliche Nähe angewiesen sei.

Die Kontakthypothese ist nach Alpheis eindeutig widerlegt. »Kontaktmöglichkeiten bzw. Kontaktchancen zu Landsleuten sind [...] für die Aufnahme interethnischer Kontakte unbedeutend« (ebd., 169). Die ethnische Struktur des Wohngebiets ist für die soziale Assimilation von Türken ohne Bedeutung. Entscheidend sind Sprachkenntnisse und soziales Milieu im Elternhaus, also individuelle Sozialisationsfaktoren.

13.5.3 Segregation hat ambivalente Wirkungen

Wenn alle empirischen Untersuchungen zeigen, dass die physische Nähe allein keinen eindeutigen Einfluss auf die Beziehungen zwischen Ausländern und Inländern hat (vgl. Hamm 1998), dann ist eine weitere Differenzierung bei der Erklärung gelingender oder konflikthafter Beziehungen zwischen Eingesessenen und Zuwanderern notwendig:

1. *Nach der Art ihres Zustandekommens:* Freiwillige Segregation ist etwas völlig anderes als erzwungene, auch wenn die Segregation beide Male das gleiche Ausmaß annehmen sollte. Einfache Thesen wie die, »daß Segregation ein Ausweis von sozialer Desintegration sei und sich damit zerstörerisch für die Stadtgesellschaft auswirke« und auch nach innen »also auf das Zusammenleben der Menschen [...] destruktive Effekte zeitige«, sowie die, dass die »Betonung der ›Binnenintegration‹ für ethnische Minderheiten vor allem zur Zementierung von Ungleichheit zugunsten der Mehrheitsgesellschaft und zugunsten neuer Abhängigkeiten von religiösen und ethnischen Gemeinschaften führe« (Heitmeyer 1999, 444), müssen differenziert werden. Heitmeyer unterscheidet zwischen funktionaler und struktureller Segregation und greift damit eine Differenzierung auf, die sich in der Literatur unter wechselnden Begrifflichkeiten findet, um die positiven von den negativen Aspekten der räumlichen Konzentration von Einwanderern zu unterscheiden. Die entscheidenden Merkmale funktionaler Segregation sind Freiwilligkeit und zeitliche Begrenzung. Wenn beides der Fall ist, dann – so die These – dient Segregation der individuellen Integration und ist damit funktional. Sie erfüllt dann alle oben genannten positiven, der Segregation zugeschriebenen Funktionen. Strukturelle Segregation dagegen ist dauerhafte, erzwungene Segregation, und sie geht einher mit dem dauerhaften Scheitern der Systemintegration. Ethnische Institutionen in segregierten Gebieten entstehen dann als Reaktion auf versagte Teilhabe und ersetzen die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft auf niedrigerem Niveau. Sie bilden die Basis für Klientelbeziehungen und für die Bildung von Eliten, die ihrerseits ein Interesse an der Aufrechterhaltung von Segregation als Voraussetzung ihres Einflusses auf ihre Landsleute haben. Entscheidend dafür, ob es bei (vorübergehender) funktionaler Segregation bleibt, oder ob diese sich zu struktureller verfestigt, ist die Offenheit oder Geschlossenheit der Einwanderungsgesellschaft. Abgewehrte Integrationsanstrengungen einer Minderheit sowie Desintegrationserfahrungen auf Seiten der Mehrheit schüren die Ethnisierung von Konflikten und fördern eine strukturelle Ausgrenzung (vgl. Heitmeyer 1999, 446 ff.).
2. *Nach Unterschieden zwischen Gruppen:* Dass es bei der Segregation nicht nur um das Verhältnis von Deutschen und Ausländern geht, zeigt sich daran, dass sich in von Ausländern stark geprägten Quartieren auch Konflikte zwischen verschiede-

nen ethnischen Gruppen entwickeln können – und zwischen verschiedenen Orientierungen innerhalb einer ethnischen Gruppe. Hanhörster und Mölder (2000) haben in ihren Fallstudien zu Duisburg-Marxloh und Wuppertal-Ostersbaum neben den deutschen Alteingesessenen drei Gruppen innerhalb der türkischen Bevölkerung identifiziert, die sich erheblich voneinander unterscheiden. Kißler und Eckert (1990) treffen für die Kölner Südstadt nach Wohndauer, Qualifikation, systemischer Integration und kultureller Distanz ähnliche Unterscheidungen.

3. *Nach Unterschieden zwischen sozioökonomischer und ethnischer Segregation:* Zu groben Fehleinschätzungen führt es, wenn zwischen der ethnischen und der sozioökonomisch verursachten Segregation nicht klar unterschieden wird. In vielen Studien zu sozialen Problemen in Stadtteilen wird allein ein hoher Ausländeranteil bereits als Indikator für einen »sozialen Brennpunkt« benutzt. Dies hängt damit zusammen, dass Zuwanderer tatsächlich in ihrer Mehrheit Randpositionen auf dem Arbeitsmarkt einnehmen, und die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie bei Inländern, dass die meisten Ausländer Randpositionen auf dem Wohnungsmarkt einnehmen, und dass das Zusammenwohnen mit den Gruppen der deutschen Bevölkerung, die von ähnlichen sozialen Problemen belastet sind, häufig zu Konflikten führt. Aber diese Koinzidenz darf nicht mit Kausalität verwechselt werden. Ursache dafür ist nicht die Herkunft, sondern vielmehr sind es die Position auf dem Arbeitsmarkt, versagte politische Teilhabechancen und die Diskriminierung durch den juristischen Status als Ausländer.

Nicht nur, dass es mit zunehmender internationaler ökonomischer und kultureller Verflechtung immer häufiger auch Ausländer mit hohem Sozialstatus, hohem Einkommen und hoher Qualifikation gibt, mit zunehmender Aufenthaltsdauer entwickelt sich auch innerhalb der Gruppe der Zuwanderer – ähnlich wie innerhalb der deutschen Bevölkerung – eine Differenzierung nach sozioökonomischem Status. Innerhalb zum Beispiel der türkischstämmigen Bevölkerung hat sich im Laufe der letzten drei Jahrzehnte eine Mittelschicht herausgebildet, die aus Akademikern, Selbständigen und qualifizierten Angestellten besteht und deren Orientierungen sich nur wenig von denen der deutschen Mittelschicht unterscheiden – auch bei der Wahl des Wohnstandorts. Auch sie verlassen die weniger attraktiven Wohngebiete mit hohem Ausländeranteil und streben in die städtischen Randgebiete, wo sie in wachsender Zahl auch Wohneigentum erwerben.

Von der Tatsache, dass sich Ausländer in benachteiligten Quartieren konzentrieren, auf ein generelles Problem ethnischer Segregation zu schließen, ist ungerechtfertigt. Unsinnig und diskriminierend zugleich ist es, wenn – wie in einer Vielzahl von Untersuchungen zur Stadtsanierung oder bei der Beantragung von Mitteln im Programm »Soziale Stadt« – der Ausländeranteil eines Wohnquartiers als Indikator für einen *sozialen Brennpunkt* genommen wird. Die empirisch tatsächlich oft gegebene

Überlagerung von horizontaler ethnischer Differenzierung und vertikaler sozialer Ungleichheit, die für viele, aber keineswegs für alle Zuwanderer gilt, darf nicht zu dem Kurzschluss verführen, das Merkmal Konzentration von Ausländern allein definiere schon ein soziales Problem des Stadtteils. Ein hoher Anteil ausländischer Bewohner kann mit ganz anderen Erscheinungen in einem Stadtteil korrelieren, zum Beispiel heruntergekommener Bausubstanz oder hohen Umweltbelastungen, ohne dass der hohe Anteil selber das Problem wäre. Nur dort, wo die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit identisch ist mit Diskriminierung und sozialer Deklassierung, wenn also von einer ›Ethno-Klasse‹ gesprochen werden muss, ist die ethnische Segregation ein Problem, denn dann ist sie auch unfreiwillig und auf Dauer.

13.6 Lokale Problemlagen

Probleme in Quartieren mit einem hohen Migrantenanteil dürfen freilich nicht ignoriert oder bagatellisiert werden. Für das konkrete Zusammenleben vor Ort ergeben sich für uns drei abschließende Hauptfragestellungen, deren Beantwortung eventuell problematische Zustände sichtbar macht.

1. Mit welchen Deutschen treffen Migranten im Stadtteil zusammen?
2. Was bedeutet das Wohnen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Migrantenhaushalten?
3. Bilden sich in den Großsiedlungen Migranten-Ghettos?

Zunächst ist zu sagen, dass Migranten mit solchen einheimischen Bewohnern in einem Quartier besonders häufig zusammenwohnen müssen, die aufgrund ihrer sozialen Situation am wenigsten dazu in der Lage sind, in einer unfreiwilligen Nachbarschaft mit den fremden Kulturen und Lebensstilen der Zuwanderer zurechtzukommen. Diese haben mit zahlreichen sozialen Problematiken zu kämpfen und nehmen die Migranten als Konkurrenten um Arbeitsplätze oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen wahr. Dadurch entstehen leicht heftige Konflikte.

In den so genannten ›Ausländervierteln‹ finden sich vor allem die noch nicht ökonomisch integrierten Zuwanderer und die einheimischen Verlierer des städtischen Strukturwandels. So entsteht ein kaum entwirrbares Gemenge von ethnischer Differenz und sozialen Problemen. Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich, dass bei lokalen Konflikten zwischen Einheimischen und Zuwanderern weniger die Segregation, also das ›Zuviel‹ an Migranten in einer bestimmten Gegend, zu einem Problem führt als vielmehr das ›Wer‹. Die Vorteile sozial gemischter Viertel werden meist von liberalen, gebildeten und wohl situierten Angehörigen der Mittelschicht gepriesen. Gespaltene Arbeits- und Wohnungsmärkte sorgen aber dafür, dass sie selbst nie in die Verlegenheit kommen, in ihrem Alltag diese Mischung auch leben zu

müssen. Die Selektionsmechanismen des Marktes und die Belegungspraktiken von Wohnungsbaugesellschaften filtern Migranten in jene Segmente des Wohnungsmarktes, in denen vorwiegend auch einheimische Bewohner in prekären Lebenslagen konzentriert sind. Diese aber sind am wenigsten in der Lage, geduldige und weltoffene Partner im Prozess der Entwicklung einer multikulturellen Stadt zu sein. Das Zusammenleben mit Fremden ist keine unproblematische Alltäglichkeit. Die Konfrontation mit kulturellen Differenzen ist immer auch Zumutung.

13.7 Modelle gelingender Integration

Wie die Überlegungen zum Zusammenhang von Stadtstruktur und Integration von Zuwanderern gezeigt haben, handelt es sich dabei um ein sehr komplexes Problem, für das es mit Sicherheit keine einfachen Lösungen gibt. Die Integrationsprobleme berühren nahezu alle Bereiche und Institutionen der Gesellschaft, so dass eindimensionale Lösungsansätze immer unzureichend und hilflos bleiben müssen.

Wir haben oben ausgeführt, dass es für die Diskussion über politische Reaktionen auf Segregation im Stadtgebiet notwendig ist, zwischen verschiedenen Arten von Segregation zu unterscheiden. Mindestens zu unterscheiden sind freiwillige und erzwungene, kulturelle und soziale Segregation. Im Zusammenspiel dieser Dimensionen entstehen unterschiedliche Segregationstypen, wie das folgende Schema zeigt:

Wenn die kulturelle und die ökonomische Distanz zwischen einer Minderheit und der Mehrheit in einer Gesellschaft hoch sind, entstehen Enklaven bzw. strukturell segregierte Kolonien, die die Integration ihrer Bewohner in die Mehrheitsgesellschaft erschweren oder verhindern. Wenn sich soziale und ethnisch-kulturelle Segregation bei einer gesellschaftlichen Minderheit so überlagern, dass eine strukturelle Ausgrenzung entsteht, und wenn sie in ihrem Wohnquartier die weit überwiegende Mehrheit ausmacht, kann man auch von einem Ghetto sprechen (Feld 1).

Ist nur die ökonomische Distanz hoch, die kulturelle Distanz jedoch nicht, wie es etwa bei einer Armutspopulation aus der Mehrheitsgesellschaft der Fall sein kann, dann sprechen wir von einer sozialen Segregation. Im Extremfall handelt es sich um einen Slum ohne ethnische Komponente (Feld 2).

Ist die kulturelle Distanz hoch, sind die ökonomischen Unterschiede aber nicht bedeutsam, dann handelt es sich entweder um das Ergebnis diskriminierender Praktiken von Gatekeepern oder um eine freiwillige Segregation auf ethnischer Basis oder auf der Grundlage von Lebensstilen. Diese ›rein kulturelle‹ Segregation – also Respektierung kultureller Differenz ohne soziale Diskriminierung – findet man in multikulturellen, ökonomisch aber wenig differenzierten Städten. Dieser Realität am nächsten kommen wohl Städte in den Einwanderungsländern Kanada und Australien. Real in unseren Breiten ist die freiwillige Separation der Oberschicht

		Ökonomische Distanz	
		hoch	niedrig
Kulturelle Distanz	hoch	1 Ghetto, Enklave (Überlagerung von kultureller und ökonomischer Segregation)	3 Freiwillige Segregation oder Diskriminierung (ethisch-kulturelle, aber keine ökonomische Segregation)
	niedrig	2 Slum (ökonomische, aber keine ethnische Segregation)	4 Assimilation – Mischung (keine Segregation)

Abb. 13.1 Typen von segregierten Gebieten

in den Städten und die bestimmter, zum Beispiel alternativer Lebensstilgruppen (Feld 3).

Wenn schließlich weder kulturelle noch ökonomische Distanzen für die sozial-räumliche Struktur einer Stadt eine große Bedeutung haben, dürften sich auch keine segregierten Gebiete bilden können, die auf diese Ursachen zurückzuführen wären. Dies ist ein unrealistischer und unwahrscheinlicher Fall, aber ausgerechnet er bildet offenbar das Leitbild der Stadtpolitik für die Gestaltung der Integration von Migranten (Feld 4).

Verschiedene Randbedingungen sind ausschlaggebend für Art und Ausmaß von ethnischer und sozialer Segregation in einer Stadt: die Wohnungsmarktsituation, die Situation auf dem Arbeitsmarkt, demographische Prozesse und kulturelle Faktoren. Wenn die Politik eine ethnisch gering segregierte Stadt anstrebt, muss sie an vielen Schrauben zugleich drehen: in der sozialen Sicherung, bei den Verdienstmöglichkeiten, beim Wohnungsangebot, im Bildungssystem etc. Die Frage, wie sich die Segregationsstrukturen in den Städten entwickeln, ist daher zu einem großen Teil ein Ergebnis überlokaler Strukturen und Entwicklungen, jedenfalls wird darüber nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene entschieden – ein Beispiel für die Notwendigkeit von Mehr-Ebenen-Analysen bei der Betrachtung städtischer Strukturen (vgl. hierzu Wacquant 2004).

Je nachdem *welche Vorstellung von Gesellschaft* zugrunde gelegt wird, ergeben sich ganz andere Wege der Integration von Zuwanderern, und diese Vorstellungen bilden explizit oder implizit den Maßstab für die Beurteilung der ethnischen Segregation.

Hält eine Gesellschaft, deren kulturelle Homogenität durch die Zuwanderung in Frage gestellt wird, an der Vorstellung eines homogenen Ganzen fest, dann gibt es zwei Wege zu diesem Ziel:

- Die *Assimilation*: Die ›Leitkultur‹ bleibt unverändert und verlangt daher von den Zuwanderern Anpassung an diese Kultur: Die Zuwanderer sollen ihre Fremdheit ablegen und sich so unauffällig wie möglich integrieren. Die Anpassungsleistung liegt allein beim Individuum. In der deutschen Politik ist bis heute dieses Modell dominant.
- Die amerikanische Vorstellung vom *melting-pot* (Schmelztiegel) unterstellt dagegen, dass sich im Prozess der Zuwanderung auch die Aufnahmegesellschaft verändert. Sie entwickelt eine neue Identität. In der Vorstellung von einem ›American way of life‹ verschmelzen die von den Zuwanderern mitgebrachten kulturellen Eigenarten zu etwas Neuem. Die Anpassungsleistung liegt also auf beiden Seiten: bei den Zuwanderern, die ihre partikuläre Identität ablegen, und bei der Gesellschaft, die eine neue Identität durch Wandel erreicht.

In beiden Fällen ist die Vorstellung von einer homogenen Kultur die normative Grundlage – entweder die Konservierung einer vorhandenen oder die Bildung einer neuen. Das ist eine modellhafte, abstrakte Debatte. Über die großen Städte, in denen sich die Zuwanderer sammeln, haben die Gründer einer Soziologie der Stadt schon am Beginn des 20. Jahrhunderts ganz andere Vorstellungen entwickelt: nicht Integration durch die Aufrechterhaltung bzw. Herstellung von Homogenität, sondern ganz im Gegenteil, Integration durch das Aushalten von Differenz.

Georg Simmel ging es um die Aufrechterhaltung von Differenz in der modernen Großstadt, und diese Leistung musste nach seiner Ansicht vom Individuum erbracht werden. Simmel sah es als eine Aufgabe urbaner Individuen, sich gegenseitig in ihrer Fremdheit zu respektieren, also weder sich selbst noch den Zuwanderer zur Anpassung zwingen. In der Großstadt leben die Menschen in anonymer Distanz zueinander, ja sie ignorieren sich als individuelle Menschen wechselseitig, was zu der großstadttypischen Reserviertheit und Unpersönlichkeit bei alltäglichen Beziehungen führt (vgl. 2. Kapitel). Dadurch entsteht ein sozialer Raum für die problemlose Koexistenz des Heterogenen. Man kann dies als den *Integrationsmodus urbaner Indifferenz* bezeichnen.

Auch in der amerikanischen Einwanderungsstadt, wie sie von Park, Burgess et al. in den 1920er Jahren an der Universität von Chicago theoretisch konzipiert wurde (vgl. 3. Kapitel), bleibt die Differenz zwischen den verschiedenen Kulturen erhalten. Aber Integration wird dabei ganz anders gedacht: als Möglichkeit des Fortbestehens

von einander fremden Kollektiven, das heißt von ethnischen Gruppen: Die Stadt wird gedacht als ein *Mosaik verschiedener Lebenswelten*, die räumlich voneinander geschieden sind. Das ist die segregierte Stadt, in der soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Distanzen übersetzt sind und dadurch direkte Konflikte zwischen den verschiedenen Kulturen vermieden werden. Anpassung wird nicht verlangt und nicht erzwungen, sondern vielmehr als Möglichkeit (und Wahrscheinlichkeit) in die Zukunft verlagert.

Wie sich die kulturellen Leitbilder einer Einwanderungsgesellschaft auf städtischer Ebene niederschlagen, zeigt das folgende Schema:

<i>Kulturelles Leitbild</i>	<i>Stadtebene</i>
Homogenität	Assimilation melting-pot
Differenz	Urbane Indifferenz Mosaik kleiner Welten

Abb. 13.2 Kulturelle Leitbilder für die Integration von Zuwanderern und Konsequenzen für die Stadt

Assimilation als individueller Anpassungsvorgang verweist ebenso wie das Verschmelzen verschiedener Kulturen auf das Ziel einer durch Homogenität integrieren Gesellschaft. Aber dieses Ziel ergibt sich erst als Ende eines langen individuellen oder kollektiven Lernprozesses. Solange die Zuwanderung anhält, bleibt es ein fernes Ziel, da mit jedem neuen Migranten der Prozess der Vernichtung von Fremdheit von neuem beginnt. Als realistische Modelle für Einwanderungsstädte bleiben also nur die urbane Lebensweise und das Mosaik. Sie beruhen auf unterschiedlichen Voraussetzungen, die annäherungsweise in Europa bzw. in den USA gegeben sind.

Integration durch distanziertes Verhalten der Individuen zueinander – die urbane Lebensweise – ist nur lebbar, wenn alle über ein gesichertes Einkommen verfügen, also in den Arbeitsmarkt integriert sind oder wenigstens in tragfähige Netze des Sozialstaats. Andernfalls wären Einwanderer von der Hilfe informeller sozialer Netze wie Freundschaft, Nachbarschaft und Verwandtschaft, also von lokalen Gemeinschaften abhängig, die gerade nicht dem urbanen Modell entsprechen. Mit Gleichgültigkeit und Blasiertheit wird es kaum gelingen, solche Hilfen für sich zu mobilisieren. Integration auf Basis des distanzierten, gleichgültigen Verhaltens ist denkbar in einem europäischen Politikmodell, in dem die soziale Integration durch einen ausgebauten Sozialstaat abgesichert ist, und in dem öffentliche Instanzen über wirk-

same Bauleitplanung und eine staatliche Wohnungspolitik die Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Wohnstandorte steuern können. Die Stadt als Flickenteppich segregierter Dörfer setzt dagegen nicht nur sehr große Städte voraus, sondern ist auch typisch, wenn es keine ausgebauten Sozialversicherungssysteme und nur geringe stadtpolitische Steuerungsmöglichkeiten gibt. Das entspräche dem ›amerikanischen‹ Modell der Einwanderungsstadt mit großer ethnischer Heterogenität.

Im ersten Modell können extreme sozialräumliche Fragmentierungen vermieden werden; die Vorstellung einer individuellen Integration ohne das Netz aus informellen oder verwandtschaftlichen Netzen ist realistisch, solange eine individualisierte Lebensweise durch einen inklusiven Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatliche Sicherungen möglich ist. Die politischen und ökonomischen Voraussetzungen dafür schwinden allerdings mit dem Ende der fordistisch regulierten Nationalstaaten. Im zweiten Modell steuert der Markt die Verteilung der Einkommensklassen, und die Zuwanderer sind – zumindest in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft – auf die Unterstützung ihrer ethnischen Gemeinschaft angewiesen.

Wo es eine relevante Einwanderung gegeben hat, hat es auch in Europa Einwanderungskolonien gegeben. Aber die insgesamt starke Homogenität der aufnehmenden Gesellschaft und der zunehmende Reichtum einer rasch wachsenden Volkswirtschaft hat diese zeitlich befristete Einwanderung nach einiger Zeit vollkommen integriert. Ob das angesichts der Perspektiven der demographischen Entwicklung und anhaltender Zuwanderung auch in der Zukunft so sich wieder herstellen wird, ist sehr fraglich.

Die Großstädte sind die Orte der Integration von Zuwanderern, denn sie bieten offene Arbeitsmärkte und offene Sozialstrukturen. Andererseits profitierte die ökonomische und kulturelle Produktivität der Stadt immer von dieser Offenheit für Zuwanderer. Auch heute hängt die ökonomische und kulturelle Zukunft der Städte vom Gelingen der Zuwanderung ab. Die Rahmenbedingungen für die Integration der Zuwanderer sind aber heute anders als in der Zeit, als die Städte ihre größten Integrationsleistungen erbracht haben: während der Industrialisierung und während der großen Fluchtbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitsmärkte in den großen Städten sind kaum noch aufnahmefähig für gering Qualifizierte, Sozialstaat und Kommunalpolitik stehen vor immensen finanziellen Problemen, und die Wohnungsversorgung wird immer stärker marktförmig organisiert. Der staatliche Einfluss auf die städtische Entwicklung wird spürbar geringer. Und die Zuwanderer sind ›fremder‹; es handelt sich nicht mehr um ›Deutsche‹ im weitesten Sinne, ja in wachsendem Maße auch nicht mehr um Europäer. Damit stellen sich hoch ambivalente Anforderungen an eine kommunale Integrationspolitik.

An die Kommunalpolitik wird die Anforderung gestellt, zu differenzieren zwischen Erscheinungen, die nur schwer auseinander zu halten sind und daher scheinbar widersprüchliche Antworten verlangen: Einerseits sollen fremde Kulturen respektiert und die Selbstorganisation ihrer Träger – und damit auch räumliche Konzentra-

tion – nicht nur zugelassen, sondern sogar noch unterstützt werden, andererseits aber soll die soziale Segregation bekämpft und abgebaut werden. Da sich beide Formen sozialräumlicher Differenzierung bei vielen ethnischen Minderheiten überlagern, ist das nur unter größten Mühen zu realisieren.⁸ Die Politik muss sich auf die grundlegende Ambivalenz der Einwanderungsproblematik zwischen Integration und Ausgrenzung einlassen. Sie wird deutlich an der ambivalenten Funktion von segregierten Gebieten als Brücken in die Gesellschaft einerseits und als Fallen für räumliche und soziale Mobilität andererseits. Die Politik hätte es mit einem klaren Nein oder Ja zur Segregation leichter. Aber sie würde sich vor der objektiv gegebenen Ambivalenz nur davonestehlen, indem sie willkürlich für eine der beiden Seiten votierte. Das eine wäre naiv, das andere repressiv. Es gibt zwar für jedes schwierige Problem eine einfache Lösung, aber die ist gewöhnlich falsch. Anders gesagt: Politik angesichts der Zuwanderung besteht größtenteils in einer prekären Gratwanderung auf der Ebene der Stadtstruktur, des Wohnungsmarkts und des Arbeitsmarkts.

Fragen

- In welchen Stadtteilen konzentrieren sich Migrantenhaushalte insbesondere?
- Welche Mechanismen führen dazu, dass insbesondere Migrantenhaushalte von Segregationstendenzen betroffen sind?
- Erläutern Sie die Pro- und Contra-Argumente hinsichtlich ethnischer Mischung.
- Beschreiben Sie die ambivalenten Wirkungen ethnischer Segregation.
- Welche vier Modelle der integrierten Stadt lassen sich idealtypisch unterscheiden und was macht diese jeweils aus?

8 Nicht alle ethnischen Minderheiten bilden auch deutlich erkennbare ethnische Kolonien aus. Der Grad der kulturellen Distanz, insbesondere die Religion, spielt dabei eine wichtige Rolle. Zuwanderer aus dem östlichen Mitteleuropa, die in den meisten deutschen Städten die zweitgrößte Zuwanderungsgruppe bilden, sind zum Beispiel im Stadtbild in der Regel weit weniger sichtbar als die Gruppe der Zuwanderer aus der Türkei.